

Sind wir für die Arbeitsmarktöffnung bereit ?

Ja: 1. Müssen wir bereit sein. Wir haben uns ja in der EU dazu verpflichtet.

Mit Deutschland sind wir ohnehin die letzten, die ihren Arbeitsmarkt auch für die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien, also den Großteil der früheren RGW-Staaten, öffnen. Vieles spricht dafür, dass dadurch die erfolgreiche Beschäftigungspolitik Österreichs nicht unterlaufen wird. In 2 Jahren werden auch die Rumänen und Bulgaren in den EU-Arbeitsmarkt eintreten können. Das kann aus heutiger Sicht mehr Probleme für den österreichischen Arbeitsmarkt bringen – soweit es einen solchen überhaupt noch gibt.

Die wirklich Identitätsstiftende der 4 Freiheiten des EU Binnenmarktes, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, ist der freie Personenverkehr, also

Reisefreiheit

Freies Wohnrecht

Niederlassungsfreiheit

Freier Aufenthalt und nun auch

Freie Arbeitsplatzwahl

Die Reisefreiheit nimmt man heute in Österreich gerne in Anspruch

Gleichzeitig fürchtet man sich vor der freien Einreise der Kriminalität, vorwiegend aus dem Osten

Die Niederlassungsfreiheit ist längst Alltag, wird vielfach durch Betriebsansiedlungen noch staatlich gefördert.

Die Aufenthaltsfreiheit ist ein den Fremdenverkehr und die Niederlassung meist begüterter Pensionisten in Österreich förderndes Element.

Und die freie Arbeitsplatzwahl ? Die Schweizer haben in einem Referendum mit einer 60 % Mehrheit für die freie Arbeitsplatzwahl der EU Bürger in ihrem Land gestimmt, ohne selbst Mitglied der EU zu sein.

Und in Österreich? Was zeigt die **Arbeitsmarktstatistik des AMS**?

Ende **Februar** standen **461.909** Beschäftigte mit **ausländischer Staatszugehörigkeit** in Österreich in Arbeit, davon **155.043** aus dem **ehemaligen Jugoslawien**, an zweiter Stelle mit **85.813** und dem größten Zuwachs **Deutsche**, erst an dritter Stelle mit **54.328** und nur halb so großem Zuwachs **türkische Staatsbürger**.

29.088 Ungarn, **16.721** Polen – weniger als Rumänen – **5.853** Tschechen und **11.334** Slowaken arbeiten bei uns. Vor allem in **Pflegeberufen** kommt bei letzteren ein beträchtliches Maß an **illegaler Beschäftigung** dazu.

Offen ist die Frage, wie **viele illegal** beschäftigte ausländische Staatsangehörige in die **Legalität** **aufzutauchen** werden. Sie wären aber keine Belastung des Arbeitsmarktes, denn sie arbeiten ja bereits. Die **Arbeitslosenquote ausländischer Arbeitnehmer** ist mit wenigen Ausnahmen gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres **ebenso rückläufig** wie die der **Österreicher**.

Ich beteilige mich nicht an Spekulationen, ob **15.000** oder **25.000** Menschen aus den **2004** der EU beigetretenen Ländern nach dem **1. Mai** bei uns zusätzlich arbeiten wollen.

Wer geht ins Ausland arbeiten? Wer zu Hause keine oder eine schlecht bezahlte Arbeit findet. **Junge, besser ausgebildete Menschen** suchen zunehmend **praktische Erfahrungen** in bereits **höher entwickelten Volkswirtschaften** zu sammeln.

Balten und **Polen** wird es aus sprachlich-kulturellen Gründen eher nach **Skandinavien** und vor allem nach **Deutschland** ziehen. **Südpolen**, also das ehemalige **Galizien**, tendiert eher nach **Österreich**, ebenso die **Slowaken**. Die **Tschechen** sind **sesshaft** und haben **Probleme** mit einem **deutschsprachigen Land**.

Ungarn hat schon **Schwierigkeiten**, **Leute** aus dem verarmten **Ostungarn** nach **Westungarn** zu bringen – und **Saisonarbeiter** aus den unmittelbaren **Nachbarstaaten** sind ja schon bisher gekommen. **Je mehr Hoffnung zu Hause, desto geringer die Tendenz zur Abwanderung.**

Die **Arbeitslosenraten** in all diesen Ländern sind zwar **doppelt bis dreifach** so hoch wie in Österreich; **besonders** bei den **mobilen 15- bis 24 Jährigen**, die Arbeitslosigkeit ist aber auch dort im **abnehmen**.

Wenn die NBK unseren Banken höhere Kreditzinsen empfiehlt, um ihre Rücklagen für die nächste Krise aufzustocken, mag das vorsorglich klingen – ist aber zu kurz gedacht, denn höhere Kreditzinsen über die von der EZB vorgegebene Tendenz hinaus würden die wieder anlaufende Konjunktur ab. Wollen wir die gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien gemachten Fehler bei den schwachen Volkswirtschaften in der EU wiederholen?

Im übrigen leben Erste, Raiffeisen und Uni Credit von den satten

Gewinnen im Ostgeschäft. Und von dort her kam ja auch ihr und unser Risiko im Zuge der letzten Finanzkrise.

Die starke Ausrichtung von Banken und Versicherungen auf unsere östlichen Nachbarn und darüber hinaus verlangt auch eine Neuordnung des notwendigen Zuganges zu unserem lokalen Arbeitsmarkt. Außerdem brauchen wir zusätzliche Fachkräfte für Forschung, Industrie und Export.

Die Rot Weiß Rot Karte ist ein Schritt in diese Richtung. Je offener unser Arbeitsmarkt ist, desto wichtiger wird aber seine soziale Abdichtung. Man darf nicht auf dem Globalisierungsalter die in mehr als einem Jahrhundert erkämpften sozialen Sicherungen opfern. Wir müssen lernen auch die anderen an unserem Wachstum teilhaben zu lassen. Aber Wachstum kann nicht durch Pauperisierung der eigenen Gesellschaft erzielt werden.

Das mit 1. Mai in Kraft tretende österreichische Gesetz, zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt, stellt Lohndumping unter Strafe, verpflichtet in- und ausländische Arbeitgeber zur Einhaltung der Grundlöhne in den Kollektivverträgen, stellt Zuwiderhandeln unter Strafe. Ob der Strafrahmen von 2.000,- bis 50.000,- Euro für Wiederholungstäter ausreicht, wird sich zeigen. Erstmals haben die kontrollierenden Behörden, WGKK u. BUA, Betretungs-, Einsichts- und Befragungsrechte. Das entspricht auch den Vorgaben der EG Verordnung Nr. 1612/68.

Über dem bevorstehenden Mailüfterl auf dem österreichischen Arbeitsmarkt dürfen wir aber nicht das wirkliche Problem Europas, insbesondere der EU, übersehen: das ist die Völkerwanderung aus großen Teilen Afrikas und Asiens zu einem besseren Leben in Europa. Europa selbst ist das Produkt der Völkerwanderungen der letzten zwei Jahrtausende. Germanische, romanische, slawische und asiatische Völker suchten nach besseren Lebensbedingungen. Dieser Trieb wurde noch zur Rechtfertigung der Eroberung des europäischen Ostens durch das nationalsozialistische Deutschland missbraucht. Aber was haben wir in der EU gemacht? Einen Barcelonaprozess mit

Handelserleichterungen und Entwicklungshilfe für nordafrikanische Könige und Diktatoren, die den Ansturm der chancenlosen Afrikaner auf die EU abzuwehren hatten; und das obwohl sie unter SR-Beschlüssen der VN,

wie Marokko im Falle des Referendums in der Westsahara, seit 20 Jahren ignorieren dürfen; außerdem dürfen sie noch die Fischereirechte vor der saharaischen Küste um teures, auch unser Geld,

an die EU verkaufen.

Keine Rede von Infrastrukturausbau in Schwarzafrika sondern Politik des Washington Konsensus durch Weltbank und IMF. Die Vorschläge von Palme, Brandt und Kreisky sind offenbar nicht mehr gelesene, geschweige denn zeitgemäß weiterentwickelte Literatur.

In Somalia haben die USA und die VN versagt. Somalische Arbeiter gingen nach Libyen und kommen jetzt nach Italien. Ein anderer Teil von ihnen hat sich auf Piraterie verlegt, wogegen europäische Marineverbände eingesetzt sind. Das Mittelmeer wird zum Massengrab für Afrikaner. Die Antwort Europas: verstärkter Marineeinsatz. Ich war fast 7 Jahre Innenminister. In 5 Monaten kamen 1981 50.000 Polen. Nicht hereinlassen, sind nur Wirtschaftsflüchtlinge. Schließlich hat am 13.12. Jaruzelski das Kriegsrecht eingeführt, was mir und den Flüchtlingen geholfen hat. Man kann nicht einfach alle aufnehmen, die kommen wollen. Aber man hat eine Politik zu machen, die in einigen Jahren den Menschen in ihrer Heimat eine Chance, ^{eröffnet} ob in Afrika oder in den ärmsten Teilen Südosteuropas, anstatt das Mittelmeer zu einem Wassergraben der Festung EU zu machen.